

Was die regionalen Abgeordneten vorhaben

BERLIN Für die Parlamentarier aus Heilbronn-Franken stehen die nächsten Monate im Zeichen der Energiekrise

Von unserem Redakteur
Christoph Donauer

Die Sommerpause ist vorbei und die regionalen Bundstagsabgeordneten sind wieder voll im Tagesgeschäft. Wir haben gefragt, was sie in den nächsten Monaten vorhaben.

„Unsere vorrangigste Aufgabe ist es, für diesen Winter und danach die Versorgungssicherheit für Bevölkerung und Wirtschaft mit Wärme und Energie sicherzustellen“, sagt der Heilbronner SPD-Abgeordnete **Josip Juratovic**. „Die Menschen und Unternehmen, die nicht in der Lage sind, die Kosten zu tragen, müssen wir besonders unterstützen.“

Ein „Herzansliegen“ für den 63-Jährigen ist die Pflege. „Ich setze mich persönlich weiterhin für bessere Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne für Pflegekräfte sowie für eine bessere Unterstützung von pflegenden Angehörigen ein.“ Abseits dessen müsse der Zusammenhalt in der EU gestärkt werden.

Der Hohenloher SPD-Abgeordnete **Kevin Leiser** will sich für eine stärkere Cyberabwehr einsetzen. „Wir brauchen eine klare Strategie, wie wir uns in diesem Raum schützen und verteidigen.“ Dem 29-Jährigen ist zudem die Stärkung des ländlichen Raums wichtig. In der SPD-Fraktion hat er einen Gesprächskreis gegründet, in dem sich Politiker aus dem ganzen Land austauschen. Der Blick müsse aber auch über die Grenze gehen. „Wir werden die Unterstützung für die Ukrainerinnen und Ukrainer aufrechterhalten – sei es militärisch, humanitär oder die Hilfe für Geflüchtete, die nun in Deutschland sind.“



Energiekrise und Ukraine-Krieg dominieren die Debatten im Bundestag. Doch die Abgeordneten arbeiten auch an vielen anderen Themen.

Foto: dpa

Der Heilbronner FDP-Abgeordneten **Michael Link** will gegen hohe Energiepreise kämpfen. „Wir müssen dafür sorgen, dass kleine, mittlere und energieintensive Betriebe nicht von den hohen Energiepreisen überwältigt werden.“ Aus Links Sicht sollten dafür die letzten drei Atomkraftwerke weiterlaufen und Reserve-Kohlekraftwerke zugeschaltet werden. Wichtig sei, die Inflation und die kalte Progression abzuschwächen. „Dadurch stellen wir sicher, dass dringend benötigte Lohnsteigerungen tatsächlich bei

den Menschen ankommen.“ Die Weiterentwicklung der EU dürfe nicht vergessen werden, etwa durch eine wirksame Schuldenbremse.

Valentin Abel, FDP-Abgeordneter aus Hohenlohe, arbeitet derzeit an der Nachfolge des 9-Euro-Tickets, dem Deutschlandticket. Außerdem hofft er, bis Jahresende konkrete Vorschläge aus der Beschleunigungskommission Schiene vorlegen zu können. Abseits dessen will Abel die Digitalisierung in Wirtschaft und Gesellschaft vorantreiben. Auch für eine Aktienrente nach

schwedischem Vorbild, „die unser Rentensystem enkelfit macht“ will der 31-Jährige sich einsetzen.

Vor allem die Migrationspolitik der Ampel-Koalition beschäftigt den Heilbronner CDU-Abgeordneten **Alexander Throm**. „Hier braucht es ganz dringend einen Kurswechsel. Mit ihrer Politik der offenen Türen befindet sich die Ampel-Regierung auf einem gefährlichen Sonderweg innerhalb Europas.“ Gesetzesänderungen dazu werde er „besonders kritisch begleiten“. Abseits dessen widmet sich der 54-Jährige dem

Kampf gegen Kindesmissbrauch, organisierte Kriminalität und Terrorismus. „Für all diese Bereiche ist von entscheidender Bedeutung, dass unsere Sicherheitsbehörden personell und technisch alle nötigen Mittel und Befugnisse erhalten.“

Christian von Stetten, CDU-Abgeordneter aus Hohenlohe, will sich für den Weiterbetrieb der AKWs, eine Unternehmenssteuerreform, den A6-Ausbau in der Region und die Elektrifizierung der Hohenlohebahn einsetzen. „Zudem muss die Bundesregierung in ihrem Regle-

mentierungs- und Bürokratisierungswahn gestoppt werden“, sagt von Stetten. Die vielen Gesetze und Verordnungen seien Unternehmen und Bürgern nicht mehr zuzumuten. In der Energiekrise agiere die Ampel-Koalition nicht überzeugend. Es brauche eine Ausweitung der Stromproduktion und einen Stopp der Gasumlage.

Für **Fabian Gramling**, CDU-Abgeordneter aus dem Wahlkreis Neckar-Zaber, bleibt Versorgungssicherheit das wichtigste Thema. „Inzwischen haben wir es mit dem Stresstest schwarz auf weiß, dass Deutschland nicht nur ein Gas-, sondern auch ein Stromproblem hat.“ Die verbliebenen Kernkraftwerke müssten zeitweise weiterlaufen und alle Kohlekraftwerke ans Netz.

Zudem fordert der 35-Jährige die Abschaffung der Gasumlage, denn das entlaste die Mittelschicht. „Das sind Menschen, die jeden Morgen aufstehen und arbeiten gehen, aber durch die enorme Inflation keine Ersparnisse mehr für teures Gas und teuren Strom haben.“

Marc Jongen, AfD-Abgeordneter im Wahlkreis Neckar-Zaber kritisiert, dass Deutschland geraubte Benin-Bronzen an Nigeria zurückgeben will. „Die wertvollen afrikanischen Kunstwerke wurden von Frau Baerbock und Frau Roth einer Schuld- und Sühne-Ideologie geopfert.“ Zudem kritisiert Jongen die Energiepolitik. „Die irrwitzige ‚Energiewende‘ wird von den Ideologen auf der Regierungsbank unter Inkaufnahme von Deindustrialisierung und Massenarmut durchgezogen, unsere Warnungen vor Blackout und Hyperinflation werden weiter in den Wind geschlagen.“